

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptpostamts Leipzig.

Verlagsort: Dresden 1530
Bismarckstr. 22.

Nr. 15.

Mittwoch, 19. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Cent-Pfennig; die 29 mm breite Reklameweile 100 Cent-Pfennig; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffation, feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontanz gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Leipzig. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Relationsdruck und Verlag: Dörmann & Winterlich, Leipzig. Geschäftsstelle: Weststraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübnermann, Leipzig; für Anzeigen: Wilhelm Dittmann, Leipzig.

Die Fraktionen haben das Wort.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die Verhandlungen der Parteiführer sind bis zu einem gewissen Abschluß gekommen. Der Reichskanzler Dr. Marx hat zuerst versucht, in Verhandlungen mit den Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen die Lage zu klären, doch hat sich hierbei herausgestellt, daß die Fraktionen ohne Vollmachten der Fraktionen sind, und daß zunächst die Parteien in der politischen Lage und den Vorschlägen des Reichskanzlers Stellung nehmen müssen, ehe das letzte Wort gesprochen werden kann. Aus diesem Grunde hat man sich auch entschlossen, den Reichstag zur Tagung zusammenzurufen, da die Beratungen und die Anwesenheit der Abgeordneten nicht mehr während in die Kabinettbildung eingreifen werden.

Dr. Marx hat bisher ein bestimmtes Programm noch nicht aufgestellt. Er hält es nicht für nötig, weil er beabsichtigt sein wird, die bisherige Regierungspolitik innerpolitisch und außenpolitisch in der gleichen Linie fortzuführen. Es konnte sich infolgedessen nur um unwesentliche Abweichungen des bisherigen Regierungsprogrammes handeln, die auf Wunsch einer der Parteien vorgenommen werden würden. Das Zentrum sucht es als einen Erfolg, daß sich die Parteien außerordentlich zurückhaltend zu den Bemühungen des Reichskanzlers Dr. Marx, ein Kabinett der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten zu bilden, äußern. Die Deutsche Volkspartei hat, um die Situation nicht zu verschärfen, einen seltenen Beschluß über eine Beteiligung der Parteien an der großen Koalition bisher noch nicht gefaßt. Dr. Marx hat den Vorsitzenden der völkisch-nationalistischen Fraktion, Herrn Dr. Scholz, davon Mitteilung gemacht, daß er die Sozialdemokraten aufsuchen möchte, eine Erklärung abzugeben, unter welchen Bedingungen sie einem Kabinett Marx die Unterstützung gewähren wollten. Der Reichskanzler hat bei der Ausstellung dieser Forderung gleichzeitig den sozialdemokratischen Abgeordneten Müller-Frankfurt darauf aufmerksam gemacht, daß es diplomatisch sei, unerwartete Forderungen nicht aufzustellen, die den ganzen Verlauf einer Reichsbildung in Frage stellen würden und lediglich den Erfolg der Parlamentsauflösung und der Neuwahlen haben würden. Es hängt darum sehr wenig von den Entscheidungen der Deutschen Volkspartei ab, von den nächsten offiziellen Schritten der Sozialdemokraten ab, ob Dr. Marx ein nach links orientiertes Mittelskabinett bildet, oder den Schritt zur Bildung einer bürgerlichen Mehrheitsregierung machen muß. Der Wahlwettbewerb der Sozialdemokraten, über den gewissermaßen die ganze Kritik überhaupt nur entstanden ist, den Reichskanzler durch eine andere, den Sozialdemokraten genehme Persönlichkeit ersetzt zu sehen, wird sich kaum erfüllen lassen. Dr. Gehler hat seinen Freunden gegenüber zwar betont, daß er jederzeit gewillt sei, seinen Platz freizumachen, falls dieser Wunsch bei den maßgebenden Parteien bestünde. Im übrigen wollte er aber seinen Vorgesetzten ausfüllen, als die Pflicht ihm das gebiete. Ebenfalls hat der Reichskanzler die Deutschnationalen ermahnt, ihre Unterstützung zu präzisieren. Im Zentrum wird nach den Versuchen von deutschnationaler Seite, mit dem Zentrum Zueignung zu bekommen, damit geredet, daß eine glatte Ablehnung der Unterstützung eines Mittelskabinetts unter Führung des Zentrums nicht erfolgen wird. Es dürfte vielmehr bei den Deutschnationalen der Wunsch bestehen, über die innerpolitischen Gegebenheiten der nächsten Periode eine Einigung mit Dr. Marx in den Grundzügen herbeizuführen. Auch wird man auf deutschnationaler Seite den Wunsch aussprechen, daß die Weimarer Koalition im Bruchstück Landtage zugunsten einer nach rechts erweiterten Regierung aufgegeben wird. Zwischen der Reichstags- und Landtagsfraktion der Deutschnationalen besteht in vielen Tagen ein reger Verkehr, denn die Deutschnationalen haben auch jetzt, als sie in das Kabinett Luther mit zwei Ministern einzutreten, damit das Ziel verfolgt, auch in Preußen wieder an Einfluß und Macht zu gewinnen. Das Zentrum scheint aber nicht gewillt zu sein, nach dieser Richtung Verhandlungen abzugeben, sondern wird die Verhandlungen auf die Lage in Preußen beschränken. Nach Kenntnisnahme der Reichstagsfraktionen der Oppositionsparteien werden erst die Mittelparteien feste Beschlüsse fassen können, ob unter diesen Umständen die Bildung eines Mittelskabinetts, das sich auf wechselnde Mehrheiten stützt, gegeben sei, oder ob eine andere Zusammenlegung des Parlamentes durch Neuwahlen herbeigeführt werden muß.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Die deutsch-französischen Verhandlungen in der Entwaffnungsfrage gehen besorgniserregend. Die Verhandlungen durch die Presse. Nach den übereinstimmenden Meldungen der französischen Regierung und der deutschen Botschaft in Paris kann aber von einem unglücklichen Stand der Verhandlungen nicht gesprochen werden. Vom Quai d'Orsay ist die Mitteilung ausgegeben worden, daß das interalliierte Militärkomitee in den Vorschlägen der deutschen Vertreter ein Entgegenkommen erblickt, daß aber die Vorschläge in ihrer jetzigen Form nicht als genügend anerkannt würden. Die deutsche Botschaft hat gemeldet, daß neue Verhandlungen stattfinden, in denen General v. Pawella Auffassungen über die deutschen Vorschläge darlegen will. Die Ver-

Der Stand der Regierungskrise.

Marx verhandelt weiter.

Das amtliche Kommuniqué über die parlamentarischen Verhandlungen.

Berlin, 18. Januar. Das amtliche Kommuniqué über die heutigen Besprechungen zur Regierungsbildung lautet: In Fortführung der aktiven Verhandlungen über die Bildung einer Regierung der Mitte erzwang Reichskanzler Dr. Marx am heutigen Vormittag zunächst den Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Straßburger, zu einer eingehenden Aussprache. Im Anschluß daran erklärte er die politische Lage mit dem Führer der Bayerischen Volkspartei, Prälaten Reichel. Eine weiterhin beachtliche Besprechung mit der Reichstagsfraktion konnte noch nicht stattfinden, da die beiden Fraktionsvorsitzenden gegenwärtig von Berlin abwesend sind.

Die Abendbesprechungen mit Sozialdemokraten und Zentrum.

Berlin, 18. Januar. Reichskanzler Dr. Marx empfing heute abend im Anschluß an die Vorbereitung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Fraktionsführer Hermann Müller-Frankfurt. Da der Fraktionsvorsitzende die Entscheidung der morgigen Fraktionsversammlung überlassen hat, konnte der Abg. Müller-Frankfurt dem Reichskanzler keine wesentlichen Mitteilungen machen.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion, der am Spätabend nicht mit Dr. Marx zu einer kurzen Besprechung zusammenkam, veröffentlichte im Anschluß an diese Besprechung folgende Mitteilung:

Das Zentrum lehnt mit besonderem Nachdruck die bisherigen Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierung der Mitte fort. Alle gegenseitigen Anstrengungen sind durchsichtige Tendenzmeldungen.

Der Präsident des Reichslandbundes über die Regierungskrise.

Halle, 18. Januar. In der heute in Halle abgehaltenen Tagung des Landbundes (Provinz Sachsen) sprach u. a. der Präsident des Reichslandbundes, Reichstagsabgeordneter Geyr, der etwa folgenden Ausführungen: Es gelte, dem landwirtschaftlichen Berufsstande die Geltung wieder zu verschaffen, die ihm gebühre. Dazu sei Kampfbereitschaft erforderlich, den zu fördern Aufgabe des Landbundes sei. Die vielfach geäußerte Kritik sei, wenn sie sachlich geübt werde, nur zu begrüßen. Zu leugnen sei nicht mehr, daß der Landbund anerkannt sei als die maßgebende wirtschaftspolitische Organisation der Landwirtschaft.

Der Redner ging sodann über zur Frage der Regierungsbildung und betonte, daß Außenpolitik nur getrieben werden könne durch eine klare, staatsbürgerliche Mehrheitsregierung. Die Sozialdemokratie habe nach den Erfahrungen der letzten Zeit kein Anrecht mehr, in einer derzeitigen Regierung verantwortlich mitzuarbeiten. Der Redner unterließ im Zusammenhang hiermit vor allem die Forderung „Hände weg von der deutschen Reichswehr“. Auch die Unterstützungsbauweise seien als Versuch einer Beeinflussung der richterlichen Auffassung zu bekämpfen. Der Redner erinnerte dann an die letzten Ausführungen Stegerwalds und erklärte, es sei richtig, daß der Schlüssel der gegenwärtigen Regierungskrise im gewerkschaftlichen Fingergel des Zentrums liege.

Es wurde sodann eine Entschließung angenommen, die die Erhaltung der Reichswehr als unpolitischen Hauptinstrument des Staates, den Ausbau der öffentlichen Schule als Grundlage der Jugenderziehung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Förderung der heimischen Erzeugung fordere. Es dürfe keine Regierung ohne die Bauern gebildet werden. Werde dies wiederum durch das parlamen-

landbünden würden fortgesetzt und nähmen einen normalen Verlauf. Die Verhandlungen sind so vorangetrieben gegangen, daß am 14. Jan. General v. Pawella und Delegationsrat Forster die deutschen Vorschläge den Sachverständigen der Vorkonferenz, also dem Militärkomitee, überbrachten. Dieses Komitee hat sich dann damit befaßt, und es sind einige Unklarheiten und Mißverständnisse entstanden, die jetzt durch mündliche Verhandlungen wieder beseitigt werden. Der Eindruck ist, daß diese Verhandlungen durchaus normal vorwärts gehen. Es handelt sich um schwierige technische Fragen in Bezug auf das Stellungnahme und schon durch die verschiedenen Sprachen entstehenden Mißverständnisse, die mündlich aufgeklärt werden müssen. Es liegt kein Anlaß vor, zu befürchten, daß man nicht zu einer Vereinbarung kommen könnte. Es ist zu hoffen, daß die Frage bis zum 21. Jan. wird erledigt werden können. Obgleich es nicht richtig ist, daß die Vorkonferenz eine abendlichen Bescheid erteilt hat, denn es wird ja noch nicht mit der Vorkonferenz, sondern erst mit dem Militärkomitee verhandelt.

Kaiserin Charlotte gestorben.

Brüssel, (Funkspruch.) Kaiserin Charlotte, die Witwe des Kaisers Maximilian von Mexiko, ist gestorben.

tarische Betriebe verhindert, so werde von den Führern der Wirtschaft erwartet, daß sie nötigenfalls über die Köpfe der Parteien hinweg dem Reichspräsidenten Männer namhaft machen, die bereit und willens seien, diese Frage so zu lösen, wie es das Wohl des deutschen Volkes erfordere.

Reichswehrministerium und Regierungsbildung.

Berlin. In mehreren Blättern wird auf der Frage Stellung genommen, ob die Befehle des Reichswehrministeriums für das Zustandekommen einer Regierung der Mitte mit Tolerierung der Sozialdemokraten von ausschlaggebender Bedeutung sei. Der Lokalanzeiger will wissen, daß die sozialdemokratischen Führer, wie sie es in Unterredungen mit Zentrumsvorstreitern zu verstehen gegeben haben, gegenüber dem Reichswehrminister Dr. Gehler „die Waisentafel des sich Torkellens“ beabsichtigen.

Die Tägliche Rundschau bemerkt in einem Kommentar zu dem Briefwechsel Gehler-Roh, daß es Sache der demokratischen Fraktion sei, wie sie sich mit dem Vorgehen des Reichswehrministers abfinden wolle. Die anderen Fraktionen würden keine Veranlassung haben, dazu Stellung zu nehmen. Man könne annehmen, daß auch das Zentrum auf diesem Standpunkt liege.

Die Frage der Verlor des künftigen Reichswehrministers nennt die Germania eine große Schwierigkeit, die durch den veröffentlichten Briefwechsel nicht einfacher geworden sei. In verantwortlichen parlamentarischen Kreisen könne man sich aber dennoch nicht vorstellen, daß an einer einzelnen Personfrage das ganze Werk der Rekonstruktion der Regierung scheitern könnte. Dem Zentrum sei es jedenfalls Ernst um die Arbeit an der Regierungsbildung, was das Kommuniqué des Fraktionsvorsitzenden des Zentrums beweise. Der Vorwärts berichtet über eine Stellungnahme der Berliner sozialdemokratischen Parteifunktionäre gegen Gehler. Nach einem Referat des Abgeordneten Dittmann und einer Diskussion sei einstimmig eine Resolution angenommen worden, in der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gefordert wird, daß sie unter allen Umständen der Bildung der Regierung, der Reichswehrminister Gehler angehört, den schärfsten Widerstand entgegensetzt.

Fraktionsführungen im Reichstag.

Berlin. (Funkspruch.) Da das Plenum des Reichstages heute nachmittags um 3 Uhr zum erstenmal im neuen Saal zusammentritt, halten die meisten Fraktionen im Laufe des Mittags Sitzungen ab. Mit Interesse sieht man den Fraktionsführungen der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei entgegen, die bereits für 12 Uhr angesetzt sind. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Verhandlungen des Reichskanzlers über die Regierungsbildung erst weiter gehen, wenn diese beiden Fraktionen ihre Entschlüsse gefaßt haben.

Reichskanzler Dr. Marx beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichskanzler Dr. Marx, der über seine bisherigen Verhandlungen Bericht erstattete.

Die Stellung der Sozialdemokraten.

Berlin. (Funkspruch.) In der sozialdemokratischen Fraktionsführung wurde, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger hört, beschlossen, gegen ein Kabinett der Mitte keine grundsätzlichen Einwendungen zu erheben. Die letzte Entscheidung wird jedoch von der Zusammenlegung des Kabinetts und von dem Programm der neuen Regierung abhängen.

Anttrittsrede Doumers.

Paris 18. Januar. In der Nachmittagsitzung des Senats hat Senatspräsident Doumer sein Amt übernommen und in seiner Anttrittsrede auf die ausgleichende Rolle des Senats hingewiesen, die er in noch größerem Umfang als bisher zu spielen berufen sei. Nach einem Hinweis darauf, daß es notwendig sei, die soziale Lage zur Beratung zu stellen, um das Los der Arbeiter zu bessern, kam Doumer auf die Außenpolitik zu sprechen. Die französische Republik sei eine von Grund aus friedliche Demokratie. Sie habe das Bewußtsein und Beweise es täglich. Sie wolle den Frieden organisieren, indem sie es durchsetze, daß das Recht souverän die internationalen Beziehungen beherrsche. Die Stärke Frankreichs sei ein wesentliches Element für den europäischen Frieden. Wer also wolle, daß die französische Armee mächtig sei, der wolle damit eine Sicherheit schaffen, für die sie sorgen Frankreich niemandem überlassen könne. Man trage dadurch außerdem dazu bei, die Menschheit vor Katastrophen wie der von 1914 zu bewahren. Der Senat hoffe, bald mit den Entwürfen der Regierung über die Herrschaft befaßt zu werden.